

TORGAU & REGION

Schneller als gedacht: Seit gestern wird die verstopfte Zuleitung zum Wildschützer Dorfteich erneuert **SEITE 13**



LOKALSPORT

„Vom Volkshelden zu gar nichts“: Jan Ullrichs Absturz schockiert Wegbegleiter aus der Region **SEITE 21**



HAUS & GARTEN

Sicherheit im Umgang mit der Kettensäge



Foto: Forstbezirk

DOBERSCHÜTZ. Dieses Quintett weiß ganz genau, wie wichtig Sicherheit im Umgang mit Motorsägen ist. Die fünf Männer haben vor wenigen Tagen über den Forstbezirk Taura einen zweitägigen Kurs in Doberschütz absolviert und am Ende ein Zertifikat erhalten. Unter anderem sind sie nun dazu berechtigt, als sogenannte Selbstwerber im Sachsenforst Holz zu schlagen. Was noch alles vonnöten ist, um Holzheizung oder Kamin mit selbstgeschlagenem Holz zu versorgen, erklärt auf Seite 16 Kettensägen-Experte Thomas Volland. *Christian Wendt*

HINTERGRUND

Italien rechnet mit weiteren Todesopfern

GENUA. Die italienische Regierung rechnet nach dem dramatischen Brückeneinsturz in der Hafenstadt Genua damit, dass die Einsatzkräfte weitere Tote in den Trümmern finden werden. „Die Anzahl wird leider steigen, das ist unvermeidlich“, sagte Innenminister Matteo Salvini gestern. Genuas Staatsanwalt Francesco Cozzi meinte, es könnten noch zehn bis 20 Personen unter dem Schutt der Autobahnbrücke begraben liegen, die am Dienstag urplötzlich in einem großen Teilabschnitt zusammengestürzt war. Bislang sind 39 Todesopfer bestätigt worden. Such- und Rettungskräfte gruben sich gestern weiter durch Tonnen von Stahl, Beton und Dutzende Autos, die bei der Tragödie bis zu 45 Meter in die Tiefe gestürzt waren. Eine Feuerwehrsprecherin sagte, die Einsätze gingen weiter, bis alle der als vermisst gelisteten Personen gefunden seien.

KULTUR

Aretha Franklin: Die „Queen of Soul“ ist tot

DETROIT. Die Soulsängerin Aretha Franklin ist tot. Die „Queen of Soul“ starb gestern im Alter von 76 Jahren an Krebs, wie ihre Sprecherin Gwendolyn Quinn mitteilte.

HINTERGRUND

Anwältin erwartet Sami A. bald zurück

BERLIN. Der zu Unrecht abgeschobene Islamist Sami A. könnte nach Ansicht seiner Anwältin schon bald wieder zurück in Deutschland sein. Sie habe die Aussage des zuständigen Ermittlungsrichters in Tunis, dass zwar noch gegen ihren Mandanten ermittelt werde. Es bestehe aber keine Ausreisepflicht, sagte Seda Basay-Yildiz gestern im Infotalk des rbb.

FINANZEN

DAX 12 237,17 (+0,61%)	TecDAX 2888,33 (+1,59%)	EUR/USD 1,1370 (+0,43%)

WETTER

Freitag 32°/16°	Sonnabend 26°/15°	Sonntag 29°/17°

TZ IM NETZ

- www.torgauerzeitung.com
web@torgauerzeitung.de
- Facebook
www.facebook.com/torgauerzeitung
- Twitter
www.twitter.com/torgauerzeitung
- YouTube-Kanal
www.youtube.com/nordsachseninmotion



Morgen wird wieder gerollt!



TORGAU. Das 2. Pipe-Fest Roll'n'To steht kurz bevor und sowohl beim Jugendteam Torgau als auch bei den Torgauer Skatern ist die Vorfreude riesengroß. Ein Jahr lang haben sie Hand in Hand zusammengearbeitet, um das Skater- und BMX-Fest auf die Beine zu stellen. Wie genau diese Zusammenarbeit aussah, wo die größten Schwierigkeiten lagen und was die zweite Auflage des Pipe-Festes auszeichnet, dass verriet die beiden Jugendteam-Vorsitzenden Stephanie Wendland (links) und Christina Gaudlitz (2.v.l.) im Gespräch mit der TZ. Das Interview lesen Sie auf Seite 15. *Foto: TZ/Leukhardt*

ten lagen und was die zweite Auflage des Pipe-Festes auszeichnet, dass verriet die beiden Jugendteam-Vorsitzenden Stephanie Wendland (links) und Christina Gaudlitz (2.v.l.) im Gespräch mit der TZ. Das Interview lesen Sie auf Seite 15. *Foto: TZ/Leukhardt*

Sachsen: Ansturm auf Verbeamtung – fast 1700 Bewerbungen von Lehrern

Selbst Kultusminister Piwarz (CDU) „positiv überrascht“ / Trotzdem weiter offene Stellen nach Schuljahresstart

LEIPZIG. Die in Sachsen geplante Lehrer-Verbeamtung hat einen wahren Ansturm ausgelöst: Zwar hat die Antragsfrist erst vor zwei Wochen begonnen – bis jetzt haben sich aber schon 1667 Lehrer beim Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) für die Verbeamtung angemeldet. Allein in der ersten Woche waren es bereits gut 1300. Selbst das Kultusministerium hat mit dieser Flut nicht gerechnet.

„Dass in so kurzer Zeit so viele Anträge eingehen, hat mich positiv überrascht“, sagt Kultusminister Christian Piwarz (CDU) der LVZ. Das Interesse an der Verbeamtung zeige, „wie hilfreich das Instrument bei der Bekämpfung des Lehrermangels sein kann“. Zugleich mahnt Piwarz, insbesondere mit Blick auf den Koalitionspartner SPD „Umso wichtiger ist es, dass wir rechtzeitig alle gesetzli-

chen Voraussetzungen schaffen, damit das Handlungsprogramm ab kommenden Jahr anfangen kann zu wirken.“ Umstritten ist noch, wie auch für Lehrer jenseits der Altersgrenze von 42 Jahren, die nicht verbeamtet werden können, finanzielle Verbesserungen möglich sind. Denn von der zum 1. Januar 2019 geplanten Verbeamtung können lediglich 4260 der 30 000 sogenannten Bestandslehrer profitieren. Außerdem lässt das Budget die Verbeamtung bei 1050 Neueinstellungen zu.

Trotz dieser Maßnahmen konnte der Freistaat zum Schuljahresbeginn in dieser Woche 230 der 1100 ausgeschriebenen Stellen nicht besetzen. Um den Bedarf zu decken, können bereits seit diesem Monat woanders verbeamtete Lehrer ohne Statusverlust nach Sachsen wechseln – das war bisher unmöglich.

In diesem Zusammenhang warnt der Kultusminister allerdings vor übertriebenen Hoffnungen: Eine Verbesserung der Situation werde erst in den nächsten Jahren eintreten. Es sei aber ein Anfang gemacht worden. Mit Blick auf die von Gewerkschaften, aus der Opposition wie auch vom Koalitionspartner geforderten Ausgleichszahlungen für ältere Lehrer macht Piwarz zugleich deutlich, dass von dem 1,7 Milliarden umfassenden Handlungsprogramm insgesamt 420 Millionen Euro für angestellte Lehrer gedacht sind, die aufgrund des Alters nicht verbeamtet werden können. Unter anderem soll es sogenannte Beförderungstellen geben. „Die Zeit wird immer knapper. Eigentlich hätte man die Lösung schon haben können“, moniert SPD-Fraktionsschef Dirk Panter und spricht von einem ärgerlichen Prozess. Die Lehrer-Ver-

beamtung sei „nicht der Herzenswunsch der SPD“ gewesen – „aber wir haben das in einem Gesamtpaket mitgetragen“. Panter fordert nun ein Entgegenkommen und einen Kompromiss im Sinne der älteren Lehrer. Auch Uschi Kruse, die Landeschefin der Bildungsgewerkschaft GEW, hofft auf „ernsthafte Signale“ und eine „annehmbare Lösung“. Das Wichtigste sei aber, dass der Unterricht abgesichert werden kann. An einer Lösung des Streits wird momentan gearbeitet, die Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern CDU und SPD laufen. Eine Klärung, wie die aufgrund der Verbeamtung entstehende Nettolücke für ältere Lehrer zumindest reduziert werden kann, soll bis Montag erfolgen. Im Gespräch ist ein Finanzierungsmodell, dem die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) nicht zustimmen muss. *Andreas Debski*

Abschied von der Ess-Bahn

Wien verbietet in seinen U-Bahnen das Essen

WIEN. Schnell noch einen Eitrogen und ein 16er-Blech geschminkt und dann rein in die U-Bahn – solche Szenen soll es in Wien künftig nicht mehr geben. Die kräftig duftende Käsekrakauer und das Ottakringer Dosenbier müssen draußen bleiben, denn Österreichs Hauptstadt hat neue Benimmregeln für sein U-Bahn-Netz aufgestellt. Essen ist dort vom 15. Januar an untersagt, Alkohol ist schon länger tabu.

Die Wiener Linien haben das Verbot nicht einfach beschlossen, sondern die gefragt, die es betrifft: ihre Fahrgäste. Mehr als 51 000 stimmten online ab, gut 37 000 votierten gegen den Verzicht von Speisen im Waggon. Das sieht nach einem gewissen Leidensdruck aus, offenbar haben es die Wiener gründlich satt, ihrem Gegenüber beim Verzehr tiefender, riechender Speisen zuzusehen oder sich auf ketchupfleckigen Sitzen niederzulassen. Ganz zu schweigen vom Reinigungsaufwand, der durch klebrige, schmierige Essensreste erheblich gesteigert wird. Was genau unter dem Begriff Essen fällt, wird sich im Alltag zeigen müssen. Der Kek, an dem ein Baby knabbert, wird

voraussichtlich legal bleiben, ein opulenter Döner hingegen ist dann nicht mehr so gern gesehen. Geahndet werden sollen Verstöße vorerst trotzdem nicht, man setzt offenbar auf die Vernunft der Fahrgäste, die über eine Plakatkampagne und Schilder in den Bahnen informiert werden.

Dass das bei allen auf Anhieb verhängt, darf bezweifelt werden. Andere Städte wie etwa Berlin haben bereits so ihre Erfahrungen mit Essverboten in öffentlichen Verkehrsmitteln. Öffentlich bekannt wurde etwa der Disput zwischen einem Busfahrer und einem Mann mit Döner, der mit seinem Snack in den Bus steigen wollte.

Der Fahrer wies ihn an, draußen zu essen, der Mann stieg trotzdem ein – am Ende hatte sich der Streit so sehr hochgeschaukelt, dass an der nächsten Haltestelle die Polizei kommen und den Döner-Esser aus dem Bus tragen musste. Verbote scheinen aber en vogue zu sein: In Wien ist es das Essen, in Leipzig werden die Fahrräder reglementiert – dort allerdings ohne die Fahrgäste zu befragen. *Stefanie Gollasch*

Lächeln in der Lausitz, Proteste in Dresden



NEUKIRCH/OBERLAUSITZ. Freundlicher Empfang in Sachsen statt Buh-Rufe wie im Sommer 2018: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, M.) wurde gestern Mittag in Neukirch/Oberlausitz beim Besuch der Technologie-Firma Trumpf von Geschäftsführung und Belegschaft gut gelaunt begrüßt. Mit dabei war auch Regierungschef Michael Kretschmer (2.v.r.). Am Abend gab es in Dresden am Rande ihres Treffens mit der CDU-Landtagsfraktion aber AfD-Proteste und Pfiffe von Pegida-Anhängern. *Foto: Imago*

Hooligan-Überfall: Angeklagte schweigen im Leipziger Prozess

LEIPZIG. Im Prozess um die schweren Ausschreitungen von Hooligans und Neonazis in Leipzig vor zweieinhalb Jahren haben zwei Angeklagte Aussagen zum Tatvorwurf verweigert. Die 26-Jährigen müssen sich seit gestern wegen besonders schweren Landfriedensbruchs vor dem Amtsgericht Leipzig verantworten. Laut Anklage sollen die Männer Teil einer etwa 250 Personen starken Gruppe gewesen sein, die am 11. Januar 2016 in einer Straße im Stadtteil Connewitz, einer Hochburg Linker und Autonomer, gewütet hatte. Der überwiegend verummte Mob war bewaffnet mit Äxten, Eisenstangen und Holzlaten. Die Wolfgang-Heinze-Straße glich einem Trümmerfeld: Kaum ein Schaufenster blieb auf mehreren hundert Metern ganz, Geschäftseingänge wurden beschädigt, Autoscheiben eingeschlagen und Seitenspiegel abgetreten. Der Gesamtschaden beläuft sich laut Staatsanwaltschaft auf 113 000 Euro. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen mehr als 200 mutmaßlich Beteiligte ermittelt.